

Berlin, den 12.09.2007

**Stellungnahme zum Fragenkatalog anlässlich der öffentlichen Anhörung
im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des
Deutschen Bundestages am 17.09.2007
„Zukunft der Milch in Deutschland“**

Claus-Peter Witt, Vorstandsvorsitzender der Uelzena eG, Uelzen

Grundsätzliche Anmerkungen

Angesichts der zunehmenden Liberalisierung der Agrarmärkte, der für 2008 von der EU-Kommission geplanten Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des nach der aktuellen Rechtslage im Jahr 2015 vorgesehenen Auslaufens der EU-Quotenregelung stehen für die Milchmarktpolitik wichtige Entscheidungen an. Die europäische Milchwirtschaft ist daher mit einem massiven Wandel der wirtschaftlichen und agrar-politischen Rahmenbedingungen konfrontiert.

Die genossenschaftliche Milchwirtschaft sieht den mit der 2003 beschlossenen und seitdem umgesetzten Reform erfolgten Paradigmenwechsel in der EU-Milchmarktpolitik als nicht umkehrbar an, weil

- die Milchmarktreform mit den Elementen Preissenkung und Einführung von Direktzahlungen den Prinzipien früherer Reformen in anderen Sektoren folgte, also im Kontext der gesamten EU-Agrarpolitik nicht mehr isoliert zu betrachten ist,
- nach den von der EU-15 im Jahr 2003 getroffenen Reformbeschlüssen in einer künftigen EU-27 keine Mehrheiten für eine Korrektur oder gar eine Kehrtwende erkennbar sind und
- für eine Milchmarktordnung bisheriger Ausgestaltung künftig weder - vor dem Hintergrund des EU-Finanzrahmens - die notwendigen Finanzmittel noch - vor dem Hintergrund der WTO-Verhandlungen - die Gestaltungsmöglichkeiten verfügbar sein werden.

Für die genossenschaftlichen Unternehmen stellt sich die Herausforderung, sich auf eine mehr vom Markt her orientierte Milchwirtschaft weiter anzupassen. Entsprechende Schritte mit dem Ziel des Erhalts und Ausbaus der eigenen Wettbewerbsfähigkeit, z. B. in den Bereichen Verarbeitungs- und

Vermarktungsstrukturen, Produkt- und Prozessinnovation zur Verbesserung der Wertschöpfung oder Ausbau von Exportmärkten, bedürfen allerdings erheblicher Investitionen und benötigen Zeit.

Um die Politikunsicherheit und das damit verbundene Risiko von Fehlentscheidungen im Anpassungsprozess der Unternehmen nach Möglichkeit zu minimieren, bedarf es seitens der Politik möglichst klarer Aussagen zur künftigen EU-Milchpolitik, d. h. zu den mit ihr längerfristig angestrebten Zielen und den zu ihrer Erreichung einzusetzenden Instrumente. Aus Sicht der Molkereigenossenschaften muss dies eine Milchpolitik sein, die auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Belange, die Finanzgrundlagen der europäischen Agrarpolitik und die Welthandelsgespräche nachhaltig beständig ist.

Eine Kernfrage der künftigen Ausgestaltung der EU-Milchpolitik betrifft die Zukunft der europäischen Milchmengenregelung. Es zeigt sich deutlich, dass die Nachteile des derzeitigen Quotensystems vor dem Hintergrund der veränderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen die mit dem System verbundenen Vorteile im Zeitablauf immer stärker in den Hintergrund treten lassen. Die Quotenregelung kann die mit ihr verbundenen Ziele einer Stabilisierung des Marktes, der Milchpreise und der Erzeugereinkommen immer weniger erfüllen. Deshalb ist eine Verlängerung des EU-Quotensystems im Sinne einer nachhaltigen EU-Milchpolitik immer weniger tragfähig. Zudem sind politische Mehrheiten in der EU für eine Verlängerung nicht erkennbar.

Die bereits seit längerem national und EU-weit geführte Diskussion zur Zukunft der Quotenregelung bringt zusätzliche Unsicherheit mit sich. Es bedarf deshalb hierzu vor allem einer rechtzeitigen und verbindlichen politischen Entscheidung, damit dem Milchsektor ein ausreichender Zeitrahmen und eine hinreichende Planungsgrundlage für die erforderlichen Anpassungen bleibt.

Es sollte kein Ausstieg aus der Quote vor dem 31.03.2015, also vor dem Ende ihrer Laufzeit erfolgen. Eine gegenüber der geltenden Rechtslage vorzeitige Abschaffung würde die Anpassungsfähigkeit des gesamten Sektors überfordern und hätte einen dramatischen und unkontrollierten Strukturwandel zur Folge. Auch wären mit einem früheren Wegfall der Quote die übrigen Elemente der Milchmarktordnung vorzeitig in Frage gestellt.

Eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft der Quote kann nicht isoliert getroffen werden. Gleichzeitig sind auch die übrigen künftigen Rahmenbedingungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene mit einzubeziehen.

Im Blick auf die internationale Handelspolitik sollte sich die EU nachhaltig für die Wiederaufnahme und den baldigen Abschluss der WTO-Verhandlungen einsetzen. Ohne WTO-Abschluss droht nach Auffassung des DRV ein Flickenteppich bilateraler Abkommen, ein Angriff auf die EU-Exporterstattungen im Rahmen möglicher Panelverfahren und insgesamt eine größere Unsicherheit. Die durch die GAP-

Reform erbrachten Vorleistungen verlieren um so mehr an Wert, je später eine Wiederbelebung der WTO-Gespräche erfolgt.

Ein möglicher WTO-Abschluss muss die mit der Agrarreform bis 2014/15 für die Milchmarktpolitik gesetzten Eckpunkte respektieren und es dem Milchsektor ermöglichen, in diesem Rahmen zu arbeiten. Die EU-Kommission ist mit ihrem im Oktober 2005 vorgelegten Verhandlungsangebot bereits an die Grenze des nach der Milchmarktreform Möglichen gegangen. Insbesondere beim Marktzugang sind weitere Zugeständnisse nicht vorstellbar. Angesichts der großen Bedeutung des Drittlandsexportes für das Marktgleichgewicht am EU-Milchmarkt, ist der angebotene Abbau der Exportförderung für Milchprodukte flexibel und differenziert auszugestalten sowie zeitlich möglichst nach hinten zu strecken.

Für den Fall einer Entscheidung für einen Ausstieg aus der Milchquotenregelung im Jahr 2015 sollten die Instrumente der europäischen und der nationalen Milchpolitik für den bis zum Quotenende verbleibenden Zeitraum konsequent auf eine Vorbereitung des Ausstiegs ausgerichtet werden. Priorität sollte dabei vor allem in der Unterstützung des Sektors bei der notwendigen Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit liegen.

In der EU-Milchpolitik ist angesichts der knapper werdenden Finanzmittel in der EU ein effizienter Mitteleinsatz und damit eine Schwerpunktsetzung bei der künftigen Verteilung der verbleibenden Gelder angezeigt. Aus heutiger Sicht ist z. B. angesichts der Problematik des Milchfettüberschusses, die durch die Milchwirtschaft alleine nicht lösbar ist, eine entsprechende Förderung des Absatzes am Binnen- und Weltmarkt möglichst lange zu erhalten. Vor allem der Abbau der Exporterstattungen sollte nicht nur wegen deren Beitrag zum Mengenausgleich am Binnenmarkt, sondern auch wegen der bei einer frühzeitigen Abschaffung eintretenden Schwächung der WTO-Verhandlungsposition der EU zeitlich möglichst gestreckt werden.

Zur Vorbereitung eines Ausstiegs kommen innerhalb des EU-Quotensystems verschiedene Maßnahmen wie die schrittweise Aufstockung der Quoten, eine schrittweise Reduzierung der Superabgabe, die Einführung einer EU-weiten Saldierung von Über- und Unterlieferungen oder einer EU-weiten Handelbarkeit von Quoten in Betracht. Wegen derzeit noch offener Fragen einer konkreten Ausgestaltung ist eine abschließende Bewertung der verschiedenen Optionen nicht möglich. Im Grundsatz sind die verschiedenen Optionen unter anderem daran zu messen, dass die hiermit verbundene Lenkung der EU-Milchproduktion von der eines künftigen EU-Milchmarktes ohne Quote nicht wesentlich abweicht und kein neuer unnötiger Administrationsaufwand in der verbleibenden Laufzeit des Quotensystems entsteht. Abrupte kurzfristige Veränderungen, wie z. B. eine Mengenausweitung oder eine deutliche Reduzierung der Superabgabe, sind zu vermeiden.

Auch die nationale Politik ist bei einer Entscheidung auf europäischer Ebene für ein Auslaufen der Quotenregelung auf eine konsequente Vorbereitung des Ausstiegs auszurichten.

Zunächst kommt vor allem der Ausgestaltung der nationalen Milchabgabenregelung eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milchwirtschaft weiter zu stärken. In Bezug auf zu erwartende Änderungen in der regionalen Verteilung der Milchproduktion stellt die Zusammenlegung der Übertragungsgebiete für den Quotenhandel in Deutschland eine schrittweise Annäherung an künftige Verhältnisse ohne Quote dar und geht damit in die richtige Richtung.

Fragen der konkreten Ausgestaltung weiterer Elemente der nationalen Milchabgabenverordnung betreffen zwar in erster Linie die Milcherzeuger selbst, aber auch die Molkereigenossenschaften als Unternehmen ihrer Mitglieder haben ein großes Interesse daran, dass in den kommenden Jahren deren Wettbewerbskraft gestärkt wird. Dabei sollen vor allem die Perspektiven der Zukunftsbetriebe verbessert, das erforderliche einzelbetriebliche Wachstum unterstützt sowie auch der mit dem Quotenhandel verbundene Abfluss von Kapital aus der aktiven Milcherzeugung und damit aus dem Milchsektor nach Möglichkeit minimiert werden.

Außer in der nationalen Ausgestaltung der Quotenregelung sollten auch in anderen nationalen Politikbereichen Prioritäten zur Unterstützung des Sektors bei der notwendigen Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit gesetzt werden. Aus Sicht der genossenschaftlichen Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen sind für den Anpassungsprozess z. B. Maßnahmen zur Unterstützung bei der notwendigen stärkeren Erschließung von Drittlandsmärkten und der Internationalisierung, steuerliche Regelungen beim Ab- und Umbau von Verarbeitungskapazitäten als Teil der Strukturentwicklung von Molkereien, und auch die Hilfestellung für die Milchwirtschaft in den Bereichen Forschung und Entwicklung in Betracht zu ziehen. In Bezug auf die Milcherzeugung ist nicht zu verkennen, dass vor allem in der Vergangenheit gewachsene und mit höherer Flächenintensität wirtschaftende Betriebe negativ betroffen sein werden, wenn künftig im Kombimodell bislang betriebsindividuell gezahlte Prämienteile auf die Fläche umverteilt werden. Hier sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, diese Betriebe z. B. über die sogenannte zweite Säule gezielt zu unterstützen.

Während sich die Milchwirtschaft auf den Weg in ein liberalisiertes Marktumfeld begibt, bewirkt die Förderung der Biogaserzeugung in Deutschland eine rasch wachsende Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Milcherzeugung. Zwischen 2005 und 2006 wurde die Maisanbaufläche zur Biogaserzeugung auf rd. 144.000 ha mehr als verdoppelt. Die zur Milch- und Nahrungsmittelproduktion eingesetzten Produktionsfaktoren werden hierdurch deutlich verteuert und die Milcherzeugung damit dem subventionierten Wettbewerb der Bioenergieproduktion ausgesetzt. Nach Auffassung der genossenschaftlichen Milchwirtschaft ist eine Überprüfung der Förderpolitik mit dem Ziel der Vermeidung regionaler Wettbewerbsverzerrungen erforderlich.

Über diese grundsätzlichen Anmerkungen hinaus wird zum Kapitel

Markt- und Preisentwicklung

des Fragenkatalogs wie folgt Stellung genommen:

Fragen 1. - 4.:

Aktuelle Prognosen zur mittel- und längerfristigen Entwicklung der Märkte für Milch und Milchprodukte in der EU und weltweit liegen seitens der OECD/FAO, FAPRI und der Europäischen Kommission vor. Diese stützen sich jeweils auf einen Satz von Annahmen, die die wirtschaftlichen Rahmendaten (u. a. Bevölkerungs-, Einkommens- und wirtschaftliche Entwicklung), den Fortbestand der gegenwärtigen agrarpolitischen Instrumente (u. a. Umsetzung der EU-Agrarreform, Existenz der EU-Milchquote) sowie der derzeitigen WTO-Verpflichtungen und bestehender bilateraler Handelsabkommen unterstellen. Etwaige Resultate der laufenden WTO-Doha-Runde finden in den Prognosen damit keinen Niederschlag.

Die Perspektiven des Weltmarktes für Milchprodukte sind nach den Prognosen durch ein starkes Wachstum der weltweiten Nachfrage nach Milchprodukten geprägt. Das Nachfragewachstum geht in den sich entwickelnden Ländern auf eine wachsende Bevölkerung, wachsende Einkommen, eine zunehmende Urbanisierung, und die damit einhergehende Änderung der Verzehrsgewohnheiten mit sich zugunsten von Milcherzeugnissen verändernden Verbraucherpräferenzen zurück. Dieser Trend wird durch den Aufbau von Vermarktungswegen, die technische Entwicklung und Investitionen in Produktionsanlagen zur Herstellung höher veredelter Milchprodukte und teilweise auch durch Regierungsprogramme unterstützt. Das Nachfragewachstum wird nach den Prognosen in den Nicht-OECD-Ländern am stärksten sein, v. a. in Südostasien, im fernen Osten und Nordafrika.

Ein großer Teil des Verbrauchszuwachses kann durch eine Zunahme der eigenen regionalen Milchproduktion gedeckt werden. Die Milcherzeugung dürfte nach den vorliegenden Einschätzungen vor allem in China, Indien und Lateinamerika stärker zunehmen. Dennoch bleibt das globale Wachstum der Milcherzeugung hinter dem Verbrauchszuwachs zurück, so dass das stetige Wachstum der Importnachfrage zu festen Weltmarktpreisen führt. Sowohl OECD als auch FAPRI prognostizieren, dass die Weltmarktpreise für Käse, Butter und Magermilchpulver mittelfristig das 2007 erreichte erhöhte Niveau halten werden.

Auch für den Milchmarkt der EU-27 und damit auch für den nationalen Milchmarkt sind die Perspektiven als günstig einzuschätzen. Hier stellt sich eine weiter steigende Produktion und Binnennachfrage bei Käse als wesentlicher Trend dar. So prognostiziert die EU-Kommission einen Zuwachs der Käse-

produktion um zehn Prozent bis zum Jahr 2014, wobei etwa gut ein Drittel des Zuwachses auf die zwölf neuen Mitgliedstaaten entfällt. Das Produktionswachstum bleibt jedoch hinter der Zunahme des Käseverbrauchs zurück, so dass die für den Drittlandsexport verfügbaren Mengen sinken dürften. Ausgehend von einem durch das Milchquotensystem begrenztem Milchaufkommen und der steigenden Erzeugung von Käse und anderen hoch veredelten Milchprodukten, ist ein weiterer Rückgang der Herstellung von Butter und Magermilchpulver zu erwarten. Bei beiden Produkten erwartet die EU-Kommission mittelfristig keine erneute Interventionstätigkeit und damit oberhalb des Interventionsniveaus bleibende Preise.

Die am Weltmarkt gehandelten Mengen an Milch und Milchprodukten entsprechen derzeit etwa 7 bis 8 % der weltweiten Milcherzeugung. Angesichts dieses relativ geringen Anteils können Veränderungen im Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in einzelnen Regionen größere Preisschwankungen verursachen. So war der jüngste starke Anstieg der Weltmarktpreise u. a. auf einen starken Rückgang des Milchaufkommens in Australien, dem drittgrößten Exporteur von Milchprodukten, zurückzuführen. Auch für die Zukunft ist von deutlichen Schwankungen der Weltmarktpreise um den positiv einzuschätzenden Gesamttrend auszugehen. Ursachen für die Schwankungen können dabei sowohl Veränderungen des Angebotes (z. B. durch Witterungseinflüsse) als auch der Nachfrage (z. B. Wirtschaftskonjunktur, Wechselkurse) sein.

Es ist davon auszugehen, dass durch die Liberalisierung der EU-Agrarpolitik (Milchmarktreform und zu erwartende Ergebnisse der WTO-Verhandlungsrunde) Preisschwankungen am Weltmarkt künftig auch stärker auf den europäischen und nationalen Markt durchschlagen werden.

Frage 5.:

Die oben skizzierten Prognosen für den Weltmilchmarkt und die Nachfrageentwicklung berücksichtigen bereits einen Anstieg der Weltmarktpreise. Dieser Preisanstieg wird von OECD/FAO für den Zeitraum 2006 bis 2014 wie folgt quantifiziert: Butter +19 %, Käse (Cheddar) + 13 %, Vollmilchpulver + 10 %, Magermilchpulver + 7 %. Vom Preisanstieg werden insbesondere die Länder, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, betroffen sein. Aber auch in anderen Ländern könnte das höhere Preisniveau für die arme Bevölkerung in den Städten zum Problem werden.

Prognosen, bei welchem Preis sich Angebot und Nachfrage mittelfristig einpendeln werden, sind nicht bekannt.

Frage 6.:

Die genossenschaftlichen Molkereiunternehmen geben die am Markt erreichten verbesserten Erlöse nach Abzug der Kosten an ihre Milcherzeuger weiter. Sie kommen damit ihrem Satzungsauftrag der Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder nach. Ein Zurückhalten von Erlösen im Unternehmen über

den zur Deckung der Kosten und Finanzierung notwendigen Teil hinaus ließe zudem der bestehende Wettbewerb auf dem Rohmilchmarkt nicht zu.

Im Blick auf die zeitliche Entwicklung der Auszahlungspreise ist zu beachten, dass zwischen den Molkereien und dem Lebensmittelhandel bzw. der Lebensmittelindustrie Lieferverträge mit unterschiedlichen Vertragslaufzeiten abgeschlossen werden. Aufgrund unterschiedlicher Produktionssortimente, Vertriebswege, Vertragslaufzeiten und Zahlungsziele kommt daher ein Anstieg der Verbraucherpreise im Lebensmittelhandel bei den Milcherzeugern mit einer gewissen Zeitverzögerung an.

Frage 7.:

Der durchschnittliche Milcherzeugerpreis für eine standardisierte Milch mit 3,7 % Fett und 3,4 % Eiweiß, ohne Mehrwertsteuer, betrug im letzten Kalenderjahr 2006 im Bundesdurchschnitt 27,35 Cent/kg. Gegenüber 2005 ging er um 0,25 Cent/kg zurück.

Für das laufende Jahr 2007 ist ein deutlicher Anstieg der Milchauszahlungspreise zu verzeichnen. Laut Darstellung der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) lag der Milcherzeugerpreis im Juli 2007 im Bundesdurchschnitt bei gut 32,6 Cent/kg. Die steigende Tendenz wird durch das Plus von 2,6 Cent/kg oder 8 % gegenüber dem Vormonat Juni 2007 deutlich. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2006 ergibt sich eine Erhöhung um 23 %. Es ist davon auszugehen, dass die Auszahlungspreise aufgrund der national und international guten Nachfrage nach Milch und Milchprodukten in den kommenden Monaten weiter anziehen werden.

Die zeitliche Entwicklung der Erzeugerpreise zeigt eine typische Saisonfigur, wobei im Frühjahr niedrigere, im Herbst höhere Monatspreise gezahlt werden. Die Differenz zwischen höchstem (November) und niedrigstem (Mai) Monatspreis lag 2006 im Bundesdurchschnitt bei 2,3 Cent/kg. Der übliche Saisonverlauf wird in diesem Jahr durch den aktuellen Aufwärtstrend deutlich überlagert.

Frage 8.:

Die Chancen, an der Entwicklung der internationalen Märkte für Milch und Milchprodukte teil zu haben, hängt maßgeblich von der künftigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Angebots ab. Somit sollten agrarpolitische Maßnahmen zunächst darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit in der Wertschöpfungskette zu fördern.

Hierzu zählen die Förderung der strukturellen Weiterentwicklung von Erzeugung und Verarbeitung ebenso wie eine Forschungspolitik, die die Branche in den Bereichen Produktentwicklung und Produktinnovation unterstützt. Zudem ist auch darauf zu achten, dass die Ausgestaltung der nationalen Agrar- und Wirtschaftspolitik alles vermeidet, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milchwirtschaft im Vergleich zu den EU-Partnerländern beeinträchtigt. Konkrete Unterstützung bei der Markter-

schließung können auch die bereits praktizierte Kontaktvermittlung zu Politik und Wirtschaft in Drittlandsmärkten leisten.

In der internationalen Agrarhandelspolitik ist aktuell ein für die europäische und nationale Milchwirtschaft ausgewogener Abschluss der WTO-Verhandlungen von wesentlicher Bedeutung für ihre künftigen Chancen am Weltmarkt. Es darf z. B. nicht zu einem einseitigen Verzicht auf die Gewährung von Exporterstattungen kommen, wenn nicht gleichzeitig auch andere den Handel verzerrende Instrumente der Exportförderung abgebaut werden. Beste Nachfrageförderung ist der globale Abbau von Handelshemmnissen.

Neben der Unterstützung von Exportfähigkeit und -tätigkeit sind gleichzeitig aber auch Maßnahmen und Instrumente notwendig, mit denen die heimischen Landwirte vor möglichen negativen Auswirkungen der Weltmarktentwicklungen geschützt werden. So muss in den laufenden WTO-Verhandlungen ein für die europäische Milchwirtschaft angemessener Außenschutz erhalten bleiben, der die in der EU auch durch höhere Umwelt- und Sozialstandards höheren Erzeugungskosten berücksichtigt. Die in der EU-Milchmarktordnung zur Marktsstützung vorgesehenen Instrumente sollten, auch wenn sie aufgrund der Marktlage derzeit nicht gebraucht werden, als Sicherheitsnetz erhalten bleiben.

Frage 9.: Siehe Frage 6

Frage 10.: Siehe Frage 7, ansonsten keine Stellungnahme

Frage 11.:

Die Preisbildung zwischen Molkereien und Handel kommt in einem intensiven Wettbewerb zustande, der insbesondere durch eine hohe Konzentration auf der Handelsseite geprägt ist. Hinzu kommt bei Milch und Milchprodukten ein mit etwa 50 % der Menge hoher Anteil an Handelsmarken, der die Anbieter austauschbar macht und damit die Verhandlungsposition des Handels stärkt.

Die Preisbildung zwischen Milcherzeugern und genossenschaftlichen Molkereiunternehmen ist in den Satzungen und Lieferordnungen festgelegt und wird durch die Landwirte als Eigentümer der Unternehmen bestimmt.

Die Transparenz der Preisbildung am nationalen Milchmarkt ist sehr groß und ausreichend. Hierzu trägt u. a. auch die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) entsprechend ihrer Aufgabenstellung maßgeblich bei. Deren Informationen sind für jedermann gut zugänglich und werden zudem von vielfältigen Medien aufgegriffen und in der Öffentlichkeit breit gestreut.

Frage 12.:

Die Preisbildung am nationalen und europäischen Milchmarkt war bis vor kurzem durch das Ungleichgewicht zwischen Milchangebot und ungestützter Milchnachfrage ganz wesentlich beeinflusst. Das Überangebot hat in den letzten Jahren zu sinkenden Auszahlungspreisen und einer für die Milchproduzenten vielfach sehr schwierigen Einkommenssituation geführt. Die Verbraucher haben in der Vergangenheit hingegen von den sinkenden Preisen profitiert. Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am durchschnittlichen Haushaltseinkommen ist mittlerweile auf etwa 11 Prozent zurückgegangen. Mechanismen einer Preisfindung, die kostendeckende Erzeugerpreise und für Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbare Verkaufspreise gleichzeitig sichert, sind in einem marktwirtschaftlichen System ohne einen durch den Gesetzgeber aufzustellenden Ordnungsrahmen, der die Marktgesetze außer Kraft setzt, nicht erkennbar. Zudem wäre zunächst zu definieren, welche Preise sowohl kostendeckend als auch bezahlbar sind, und hierüber ein Konsens aller Beteiligten herzustellen.

Sofern höhere Erzeugungskosten durch besondere Produktionsweisen oder erschwerte Produktionsbedingungen in einzelnen Regionen verursacht sind, sollte hierfür das bestehende Instrument von Ausgleichszahlungen genutzt und ggf. angepasst werden.

Frage 13.:

Eine Mengenregulierung kann bei geringerer Nachfrage nach Milch und Milchprodukten die Marktpreise und damit auch die Situation für die Milchviehbetriebe im Grundsatz verbessern. Ein solcher Ansatz setzt jedoch einen staatlichen Rahmen, wie er derzeit mit der Quotenregelung besteht, voraus, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass allein auf freiwilliger Basis eine Mengenreduzierung wirksam erfolgen kann. Für eine Verlängerung der EU-Quotenregelung sind derzeit keine Mehrheiten erkennbar.

In einem sich liberalisierenden Marktumfeld, in dem die sonstigen Instrumente zur Stützung des Milchmarktes abgebaut sind bzw. die kostendeckenden Milchpreise nicht mehr gewährleistet sind, macht eine Mengensteuerung „nach unten“ jedoch als alleiniges Instrument keinen Sinn, weil ein angestrebtes Preisniveau ggf. immer weitere Mengenrücknahmen erfordert.

Frage 14.:

Die Zahl der Beschäftigten in den Milch verarbeitenden Unternehmen betrug 2006 rd. 37.200. Gegenüber 2005 betrug der Rückgang 4,4 %. Im Bereich der Ausbildung bieten die Molkereiunternehmen Schulabgängern vielfältige Berufswege an. In den letzten Jahren bestanden aufgrund mangelnder qualifizierter Bewerbungen Schwierigkeiten, die verfügbaren Ausbildungsplätze zu besetzen.

Frage 15.: Keine Stellungnahme